



# Pädophilie-Studie widerlegt Volker Beck



Das Thema Kindersex und die Grünen nimmt keine Ende. Der Göttinger Sozialforscher Stephan Klecha hat sich ausführlich mit dem Thema Pädophilie bei den Grünen befasst und kommt zu dem Schluss, dass deren Bestrebung, Kindersex zu legalisieren, [weitreichender war als bisher angenommen](#). In fünf Landesverbänden wurden entsprechende Beschlüsse verfasst, die für die Entkriminalisierung von Sex mit Kindern eintraten. Der Bundestagsabgeordnete Volker Beck hatte in der Vergangenheit stets behauptet, es habe nie einen Beschluss gegeben, der Sex mit Kinder straffrei stellen sollte. Diese Behauptung konnte Klecha widerlegen.

Mittlerweile hat sich auch die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer in die Debatte eingeklinkt. [Sie wirft Volker Beck](#) eine aktive Beteiligung in der Pädobewegung vor. So sei Beck in der SchwuP (Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle) aktiv gewesen und habe einen Beitrag in dem Buch „Der Pädosexuelle Komplex“ beigesteuert.

Beck selbst versucht sich indes herauszureden. Der Beitrag in dem Buch sei ohne seine Einwilligung abgedruckt worden. Eine Veröffentlichung wäre angeblich juristisch nicht zu stoppen gewesen.

Indes hat die Löschdiskussion um den Wikipediaeintrag über die Pädophilie-Debatte bei den Grünen ein positives Ende genommen. Trotz massiver Versuche von Grünenanhängern, den Artikel aus der Wikipedia zu löschen, [bleibt dieser bestehen](#).

» EF-Magazin: [Franz Walters wunderbarer Waschsalon](#)

---

## Asylanten-Protestcamp in Solothurn geräumt



In Solothurn in der Schweiz probierten zehn Asylanten aus Syrien, Afghanistan, Palästina, Kurdistan und Ägypten, also alles Moslems offenbar, auch einen Miniaufstand nach dem Muster Votivkirche in Wien, Görlitzpark in Berlin und so weiter (Foto). Sie wollten nicht in die neu renovierte Asylunterkunft mit neuen Duschkabinen, Internetzugang etc., denn diese sei gegen die Menschenrechte. Um 5 Uhr früh räumte die Polizei den Laden und verteilte die

zehn halbstarke Protestierer, die wie üblich von einheimischen Extremisten angestachelt worden waren, in zehn andere Asylantenheime, und [der Spuk hat sich](#) verzogen. So einfach geht das, wenn nicht grüne Politiker wie in Kreuzberg und rote Bischöfe wie in Wien den Asylanten auf den verlogenen Leim kriechen!

---

## Duisburg: Überfälle an Geldautomaten nehmen zu

✘ Die Armutszuwanderer aus den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien sowie aus den Noch-Nicht EU-Staaten Serbien und Mazedonien werden in Duisburg immer mehr zu einer Landplage. Es gibt sicher etliche von ihnen, die auf ehrliche Weise durchs Leben kommen wollen, diese gehen aber beinahe in der Masse derjenigen unter, die durch eine Vielzahl von Straftaten auffallen.

(Von Marsianer)

[Die WAZ berichtet](#) überraschend offen über die Probleme:

*Tatort Finanzinstitut: Immer öfter werden Duisburger Bürger Opfer von Trickbetrügereien oder Raubüberfällen an Geldautomaten. Die Täter, fast alle noch im Kindesalter, lenken die Kunden beim Geldabheben ab oder stoßen sie gewaltsam zur Seite, um an ihre Beute zu kommen. (...)„Fürs erste Halbjahr stehen über 70 Vorfälle dieser Art zu Buche – da sind die der letzten Wochen noch gar nicht dabei“, erklärte Polizeisprecher Ramon van der Maat auf WAZ-Anfrage. (...)Viele der Täter stammen aus dem rumänisch-bulgarischen Zuwanderermilieu, so van der Maat. Im ersten Halbjahr habe es in Duisburg 1996 Vorgänge (wie Anzeigen oder Ermittlungen)*

mit insgesamt 2974 Beschuldigten gegen diese Bevölkerungsgruppe gegeben. Das sind 120 Prozent mehr Vorgänge und 50 Prozent mehr Beschuldigte als im Vorjahreszeitraum. (...) In 13 der 25 Fälle, die sich seit 20. Mai hier ereigneten, konnte die Polizei die Täter aufgreifen. Dreimal handelte es sich um dasselbe junge Brüderpaar. Die minderjährigen Kinder verweigern es stets, Angaben zu ihrem Elternhaus zu machen. Danach kämen sie in die Obhut des Jugendamtes. Doch aus den Jugendheimen fliehen sie nach kurzer Zeit. Kein Wunder, dass viele Polizisten in diesen Fällen Frustration und Machtlosigkeit empfinden.

### Die Banken reagieren und ergreifen Schutzmaßnahmen:

Und was tun die Geldinstitute? Die Sparkasse weitet die Einsätze von externen Sicherheitskräften aus. Das gilt für die Zentrale auf der Königstraße, aber auch für die 58 Filialen im Stadtgebiet. Außerdem, so Pressesprecher Johannes Hümps, wurden Geldautomaten mit Warnaufklebern sowie Hinweisen im Display ausgestattet. „Und wir haben Spiegel montiert, damit sofort klar ist, wenn sich ein Fremder von hinten nähert“, so Hümps. Mitarbeiter, aber auch andere Kunden sollten stets einen Blick darauf haben, wenn sich verdächtige Personen im Automatenbereich aufhalten. „Wir haben Plakate und Warnhinweise aufgehängt sowie alle Mitarbeiter für dieses Thema sensibilisiert“, sagt Thomas Schwarz, Pressesprecher der Commerzbank im Ruhrgebiet. In Duisburg hat sie acht Filialen mit 21 Geldautomaten. Ein effektiver Schritt sei es gewesen, an allen Automaten die Eingabe des PIN-Codes als letzten Abhebeschritt einzuführen. „Dann können die Täter nicht noch die Summe manipulieren, die gezogen werden soll“, so Schwarz. Zudem gebe es in jeder Filiale einen Notrufknopf.

Im Internet lassen einige Leute ihren Unmut freien Lauf und äußern gar Aufrufe zur Gewalt. Konkret ermittelt der

Staatsschutz wegen derartiger [Gewalt-Aufrufe gegen Roma bei facebook](#):

*Die Kommentare könnten rassistischer und menschenverachtender kaum sein. Im sozialen Netzwerk Facebook rufen Nutzer dazu auf, das Haus In den Peschen anzuzünden „dann ist endlich Ruhe da“. Die im Februar 2013 eingerichtete offene Diskussionsgruppe „In den Peschen 3-5“ hatte bislang eher einen wenig ausländerfreundlichen, aber keinen offen rassistischen Unterton. Diese Art der Hetze sei laut Polizeiangaben neu und erstmals am vergangenen Wochenende aufgefallen. „Wir haben etliche Anzeigen vorliegen“, sagt Polizeisprecher Ramon van der Maat. Der Fall wurde inzwischen an den Staatsschutz und die Staatsanwaltschaft übergeben. Diese beiden Abteilungen hätten jetzt zu beurteilen, ob die Einträge bereits einen Straftatbestand erfüllen und inwiefern zu Straftaten aufgerufen werde. Wann ein Ergebnis vorliege, konnte van der Maat am Dienstag nicht sagen.*

---



**Schlechte Noten sind diskriminierend**



Eine 450-Seiten starke Studie der [Antidiskriminierungsstelle des Bundes](#) bescheinigt dem deutschen Bildungssystem eine

Ausgrenzungspraxis und die [Diskriminierung von Arabern und Türken](#). Jeder vierte Schüler oder Studierende mit Migrationshintergrund fühlt sich dem Ergebnisbericht zufolge diskriminiert. Und weil sich diese Erfahrung negativ auf die Leistungsmotivation auswirkt, sind Maßnahmen erforderlich.

(Von L.S.Gabriel)

Migranten beklagten, dass ihre Kinder bei der Einschulung und beim Zugang zu weiterführenden Schulen bloß wegen ihres Migrationshintergrundes benachteiligt würden.

In der [Studie](#) ist nachzulesen:

*Die Risiken, in allgemeinbildenden Schulen diskriminiert zu werden, sind vielfältig. Bereits in der Grundschule herrscht eine „Ausgrenzungspraxis“ vor, die Chancenungleichheit bedingt und teilweise fördert. Dazu gehören das Aufnahmeverfahren und die Einschulungsphase, die Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs sowie die Übergangsempfehlungen auf weiterführende Schulen am Ende der Grundschulzeit.(..)Kinder mit Migrationshintergrund leiden unter Vorurteilen und sachlich ungerechtfertigten Zuschreibungen wie etwa einer niedrigeren Leistungsfähigkeit. Sie bekommen häufiger einen sonderpädagogischen Förderbedarf attestiert. Studien zufolge könnte dies auch daran liegen, dass Verfahren zur Feststellung dieses Bedarfs an fehlenden Deutschkenntnissen festgemacht werden.*

Es ist also eine Art von Ausgrenzungspraxis, wenn sich bei der Einschulung kompetentes Schulpersonal darum bemüht, dass Kindern mit mangelnden Mindestanforderungen für die Schule, Förderung zuteil wird. Und es bedurfte tatsächlich einer von Steuergeldern finanzierten Studie, um zur Erkenntnis zu gelangen, dass fehlende Deutschkenntnisse eventuell zu einer geringeren schulischen Leistung führen.

Dieses Problem würde sich freilich lösen lassen:

*Besonders kritisch sieht die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in diesem Zusammenhang das Verbot an einigen Schulen, in der eigenen Muttersprache zu sprechen. Deutsch als Unterrichtssprache sollte genügen, weitergehende Verbote stehen der Förderung der kulturellen Vielfalt und Identität entgegen.*

Natürlich, wenn jene, die ohnehin nicht gut Deutsch sprechen, in den Pausen dann Türkisch, Zulu oder was auch immer reden, wird sich das rasch verbessern, denn es sollte ausreichen, wenn diese armen, diskriminierten Geschöpfe während des Unterrichts die Sprache ihrer neuen Heimat ertragen müssen.

Diese Art des böartigen Fernhaltens von der Karriereleiter setzt sich aber auch nach der Grundschule fort:

*Der Zugang zur Hochschule ist für angehende Studierende mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen oder einer „niedrigen sozialen Herkunft“ immer noch die zentrale Hürde. Gründe sind u. a. eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeiten oder eine mangelnde Vertrautheit mit dem System Hochschule. (..) Besonders augenfällig werden die Probleme beim Merkmal der „sozialen Herkunft“. Kinder aus Akademikerfamilien haben eine dreimal so große Chance, ein Studium aufzunehmen, wie Kinder von Eltern ohne Hochschulausbildung. (..) Probleme im Studienverlauf können z. B. fehlende akademische Kontakte sein, die den Erfolg eines Studiums absichern und berufliche Perspektiven aufzeigen können.*

Welch eine Erkenntnis, Kinder, denen zu Hause Förderung zuteil wird, haben es in der Schule leichter. Wenn Mama und Papa Deutsch und Prozentrechnen können, dann sollten sie das ab nun wohl für sich behalten, damit sich die Mitschüler bildungsferner Eltern nicht ausgegrenzt fühlen. Auch ist es offenbar verwerflich, wenn z.B. Mediziner oder Juristen ihrem Nachwuchs durch selbst erarbeitetes Wissen und daraus resultierenden beruflichen Kontakten unter die Arme greifen.

Besser sie tun so, als hätten sie niemals eine Universität von innen gesehen. Vermutlich sollte aber auch der Metzger seinen Kindern den Weg in die Fleischhalle verwehren, denn die könnten ja dort etwas sehen, das ihre Berufswahl im Sinne des Familienunternehmens beeinflusst und dazu führt, dass sie später den Betrieb erfolgreich weiterführen. Schließlich gibt's Mitschüler, deren Eltern gar nicht arbeiten.

Natürlich hat die Studie auch Lösungsansätze:

*Ziel sollte eine „Hochschule für alle“ sein. Um dies zu erreichen, könnten z. B. Stipendien nach sozialen Kriterien für unterrepräsentierte Gruppen vergeben werden.*

Gute Idee, wir vergeben Stipendien auf keinen Fall mehr für Schüler, die besonders fleißig oder klug sind, sondern ausschließlich danach, welcher Herkunft sie sind, egal ob sie etwas daraus machen oder nicht, Hauptsache das Steuergeld ist raus und wenn möglich nicht bei deutschen, leistungswilligen Kindern.

Bei so viel manipulativer Gesinnungswissenschaft wundert es kaum noch, dass es bei diesem Papier in keiner Zeile um deutsche Schüler geht, die von ihren ausländischen Mitschülern diskriminiert werden. Denn wenn deutsche Kinder gemobbt, verprügelt, als Schweinefleischfresser, Drecksdeutsche oder Schlampen bezeichnet werden, ist das keine Diskriminierung, sondern vermutlich eine gewollte Vorbereitung auf ihr künftiges Leben im bereicherten Deutschland, das sie halt *aushalten* müssen.

---



# PI wirkt: Moslem-Grillen in Oberursel abgesagt!



Es ist Zuckerfest in Oberursel und keiner geht hin! Die *Frankfurter Rundschau* ist empört und nimmt sich des Skandals selbstverständlich sofort an, denn in Bad Homburg gab es ein muslimisches Fastenbrechen – in Oberursel aber nicht. Schuld daran soll Politically Incorrect sein, der Blog, der unter anderem auch über „muslimische Riten“ wie den Ramadan und das abschließende Zuckerfest korrekt informiert („hetzt“) und damit vorbildlich zur Allgemeinbildung der autochthonen Bevölkerung beiträgt, die über die „Wahre Religion“ des Islams und dessen „Kultur“ wenig oder gar nichts weiß und auch in den unzähligen, staatlich verordneten „Dialogveranstaltungen der Religionen“ leider nichts darüber erfährt.

(Von Verena B., Bonn)

Die [FR schreibt islamkonform:](#)

## ***Muslimisches Grillfest in Oberursel – Rechte Hetze aus dem Internet***

*Ein muslimisches Grillen zum Ende des Ramadans in Oberursel trifft auf Protest und Hämie vom rechten Rand. Die Veranstaltung wird abgesagt – offiziell wegen*

Personalmangels.

Es sollte ein fröhliches Grillfest des Jugend- und Kulturtreffs Café Portstraße zum Abschluss des islamischen Fastenmonats Ramadan werden. Ein Teil des Ferienprogramms. Die Einladung stand kurz und formlos auf Zetteln und auf der Internetseite der städtischen Einrichtung: „Es ist Zuckerfest. Wir grillen nach muslimischer Art.“ Das eigentlich für den vergangenen Samstag geplante Fest musste wegen eines Personalengpasses ausfallen.

Doch bereits kurz nach der Bekanntgabe des für den vergangenen Samstag geplanten Grillens taucht auf der einschlägigen Internetseite „Politically Incorrect“ [in einem Eintrag](#) scharfe Hetze gegen die Oberurseler Veranstalter auf – offen rassistisch werden darin Muslime und Riten des Islam verhöhnt.

Eine Kostprobe: „Ob hierbei unter dem Stichwort ‚muslimische Art‘ auch zu späterer Stunde das allseits beliebte Messern oder das Treten auf die Köpfe der ggf. anwesenden autochtonen [sic] Gäste gemeint ist, ist nicht bekannt.“ Sprich: Die fremden Muslime tun sich einzig durch Gewalt gegen „Einheimische“ hervor.

Außerdem werden die Forumsbesucher aufgefordert, dem Oberurseler Bürgermeister Hans-Georg Brum (SPD) mal die Meinung zu sagen über das „kulturell nicht hoch genug einzuschätzende Grillfest“, wie die Seite spottet. Bei Brum gingen nach Angaben von Stadtsprecherin Nina Kuhn zwischen 20 und 30 Mails mit Beschwerden ein – nicht aus Oberursel, sondern aus dem gesamten Einzugsgebiet des Blogs, dessen Leser quer durch die Republik verteilt sind. „Es sind größtenteils Menschen, die zu Oberursel keinerlei Bezug haben“, sagt Kuhn. Unter anderem sei der absurde Verdacht geäußert worden, es hätten für das Grillen am Jugendtreff lebende Tiere geschächtet, also nach islamischem Ritus geschlachtet werden sollen.

## **„Proamerikanisch“ und „proisraelisch“**

Von Lesern des Blogs finden sich auf „Politically Incorrect“ in fast 80 Kommentaren zu dem Protestaufruf Schmähungen des islamischen Glaubens. Insbesondere über das rituelle Schächten von Tieren und über den Verzicht auf Schweinefleisch ereifern sich die Schreiber der Kommentare, die sich Nutzernamen gegeben haben wie „Unlinks“, „Gedankenpolizei“ und „Made in Germany West“. Stadtsprecherin Kuhn stellt klar:

Die Absage der Grillveranstaltung in Oberursel habe nichts mit den geharnischten Protestmeldungen von Rechtsaußen zu tun, sondern sei einzig durch einen Personalmangel am Veranstaltungstag nötig geworden. „Wo kämen wir denn hin, wenn wir uns einem solchen Druck tatsächlich beugen würden?“ Die Veranstaltung solle nachgeholt werden, betont Kuhn. Ein Zeitpunkt dafür stehe noch nicht fest.

Erst vor einigen Tagen war das Fastenbrechen nach Ramadan in Bad Homburg auf dem Platz vor dem Kurhaus gefeiert worden. Etwa 600 Teilnehmer kamen zu der Veranstaltung der türkisch-islamischen Gemeinde der Stadt.

„Politically Incorrect“ hat seit seiner Gründung im Jahr 2004 immer wieder online durch islamfeindliche Hetze von sich reden gemacht. Die Betreiber der Seite charakterisieren sich als „proamerikanisch“ und „proisraelisch“, sind nach eigenem Bekunden „gegen die Islamisierung Europas“ und „für Grundgesetz und Menschenrechte“. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat die Münchner Ortsgruppe des Blogs jedoch als verfassungsfeindlich eingestuft und unter Beobachtung gestellt.

Unverständlich und unglaublich, dass das Fest wegen „Personalmangels“ ausfallen musste. Hier hätten sich doch Bürgermeister Brum, Stadtsprecherin Kuhn, die Integrationsbeauftragten, Pfarrer oder sonstige Islamförderer

zum Grillen und Bedienen der muslimischen Festgesellschaft finden lassen können. Das wäre dann ein echtes Zeichen der Willkommenskultur und der Integration gewesen.

Die Veranstaltung soll nachgeholt werden. Wir schlagen vor, im vorliegenden Fall das Zuckerfest und das Opferfest zusammenzulegen. Da muss dann munter „nach muslimischer Art“ geschächtet werden, und dann hätte man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Oder man legt das Weihnachtsfest und das Zuckerfest zusammen, dann wäre der religiösen Sache auch Genüge getan und alle Beteiligten wären glücklich und zufrieden.

Wir bleiben jedenfalls dran an der Sache...

---

## **Dänemark: Grenzkontrollen 2011 sehr effektiv**

✘ Wie PI [vor zwei Jahren berichtete](#), hatte unser nördliches Nachbarland Dänemark vom 15. Juli bis zum 15. November 2011 wieder permanente Zollkontrollen eingeführt. Die einwanderungskritische Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) hatte damals davon ihre Zustimmung zu einem wirtschaftlichen Stabilitätspakt der liberal-konservativen Minderheitsregierung unter Lars Løkke Rasmussen abhängig gemacht. Insbesondere im Deutschen Blätterwald hatte das für große Entrüstung gesorgt.

*(Von Alster)*

Nach den Wahlen Mitte September 2011 löste eine sozialdemokratisch geführte Regierung mitsamt Sozialistischer Volkspartei und den sozialliberalen „Radikale Venstre“ die rechts-liberale Minderheitsregierung ab, die, gestützt von der

Dänischen Volkspartei, in den vergangenen zehn Jahren Dänemark regiert hatte. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen roten Regierung war die Abschaffung dieser permanenten Zollkontrollen.

Jetzt aber sorgte eine Anfrage des rechtspolitischen Sprechers der Dänischen Volkspartei, Peter Skaarup, an das Ministerium für Wirtschaft und Justiz, für erstaunliche Ergebnisse.

### **Tonnenweise Drogen und Millionen Kronen**

[Wie die dänische Zeitung Den Korte Avis berichtet](#), wurden alleine zwischen Juli und dem 30. September insgesamt 3.690 kg Haschisch, Khat und andere Drogen beschlagnahmt. Im gleichen Zeitraum 2010 wurden nur 26 kg beschlagnahmt. Im Zeitraum der permanenten Zollkontrollen wurden 6,8 Mio Kronen gegenüber nur einer Million in dem entsprechenden vorjährigen Zeitraum konfisziert.

### **Menschenhändler und Waffenschmuggler**

Während der gesamten Dauer des grenzüberschreitenden Handels vom 15. Juli bis zum 15. November wurden der Polizei 88 schwere Fälle von den Zollbeamten gemeldet. Dabei ging es um Menschenhandel, illegalen Aufenthalt, Verletzung des Reiseverbotes und gesuchte Personen. Zusätzlich ging es um 13 Fälle von Drogen in Form von Cannabis, Khat und Dopingmittel sowie 37 Fällen von Verstößen gegen das Waffengesetz.

Nun will die Dänische Volkspartei die entsprechenden Zahlen vom Jahr 2012, in dem die Grenzen wieder sperrangelweit offen waren, einsehen. Peter Skaarup: „Die Ergebnisse für die wenigen Monate mit einer permanenten Grenze im Jahr 2011 haben die Erwartungen mehr als erfüllt. Es ist schade und zutiefst schädlich für die Gesellschaft, dass die derzeitige Regierung sie abgeschafft hat.“

Dazu noch eine erfreuliche [Meldung von avisen.dk](#) zum

liebenswerten Nachbarn. In den zuletzt andauernden Umfragen liegt nicht nur der vorherige bürgerliche Block (der blaue Block) mit 57,3 Prozent vor den Roten, 42,5 Prozent, die Dänische Volkspartei verbucht zudem mit 17,9 Prozent enormen Zuwachs.

---

## Vor Urteilspruch: Daniel Krause zum Fall Jonny K.



Für den islamkritischen Lehrer Daniel Krause (Foto), über den PI schon [des öfteren berichtete](#), ist der Fall Jonny K., zu dem ein Urteil noch in dieser Woche erwartet wird, ein Beispiel für die Abgründe nachlässiger Strafverfolgungsbehörden und politisch korrekter Medienberichterstattung. In einem heute auf *Citizen Times* veröffentlichten Artikel legt der promovierte Soziologe dar, warum die hier vorliegende Form von Jugendgewalt sehr, sehr viel mit dem Islam zusammenhängt. [Hier gehts zum Artikel...](#)

---

# Der Spion sitzt im Mülleimer

☒ Wer heutzutage leicht paranoid wird, hat bestimmt mindestens einen guten Grund dafür. Während in Deutschland noch über das Mitlesen von E-Mails und Abhören von Telefonaten durch Geheimdienste diskutiert wird, ist London schon wieder einen Schritt weiter. In der Metropole sitzt der Spion nun in den Mülleimern. Die Firma Renew hatte ihre High-Tech-Mülleimer bereits vor den Olympischen Spielen 2012 über die ganze Stadt verteilt. Sie sind mit WLAN ausgestattet und beglücken den ordnungsliebenden Bürger über einen kleinen Bildschirm mit den aktuellen Nachrichten. Nun hat die Firma eine „Testphase“ eingeleitet, wo Daten von Smartphones der Passanten ausgelesen werden. Um in Zukunft „passgenauere Werbung“ anbieten zu können, rechtfertigt sich Renew. Jeder, der nun vermutet, dass die Daten dann eventuell auch gewinnbringend und „passgenau“ dem zugeführt werden, der sie brauchen kann, ist bestimmt wirtschaftsfeindlich und leidet an Verfolgungswahn. (lsg)



## Restaurant-Hinweisschild in Pattaya (Thailand)



(Zugeschickt von Herbert L.)

## Anklage fordert Haft für Totschläger von Jonny K.

☒ Zwischen zweieinhalb und fünfeinhalb Jahren Haft [fordert die Staatsanwaltschaft](#) für die sechs Angeklagten im Fall des totgeprügelten Jonny K.. Der Haupttäter Onur U. soll demnach, obwohl er die Verantwortung für Jonnys Tod bestreitet, für fünfeinhalb Jahre wegen Körperverletzung mit Todesfolge ins Gefängnis. Ankläger Michael von Hagen argumentiert, dass der mutmaßliche Haupttäter den Angriff mit einem Faustschlag ins Gesicht von Jonny begonnen und Osman A. (19), Memet E. (20), Bilal K. (25), Melih Y. (21) und Hüseyin I. (21) zur Tat aufgestachelt habe. Ein Urteil wird für Donnerstag erwartet. Bei den geforderten fünfeinhalb Jahren für Onur U. handelt es sich um Jugendstrafe, deshalb kümmert sich auch die Jugendrechtshilfe rührend um den Schläger aus der Türkei und forderte natürlich ein mildes Urteil. (lsg)